SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG **Drucksache 15/1185neu**
15. Wahlperiode 01-09-19

Antrag

der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der Abgeordneten des SSW

(+ Beitritt der FDP)
Am 27.09.01 einstimmig angenommen

Zweites Seeschifffahrtsanpassungsgesetz - Sicherheits-Untersuchungsgesetz (SUG)

Der Landtag wolle beschließen

Die Landesregierung wird aufgefordert, über den Bundesrat darauf zu dringen, dass das derzeitige Seeunfalluntersuchungsgesetz aktualisiert wird und sie soll dem Entwurf eines zweiten Gesetzes zur Anpassung bestimmter Bedingungen in der Seeschifffahrt an den internationalen Standard (Zweites Schifffahrtsanpassungsgesetz), insbesondere das Gesetz zur Verbesserung der Sicherheit der Seefahrt durch die Untersuchung von Seeunfällen und anderen Vorkommnissen (Sichersicherheits-Untersuchungsgesetz - SUG) nicht zustimmen.

Begründung:

Das derzeitige SeeUG entspricht grundsätzlich den IMO-Empfehlungen.

Der IMO-Code von 1997 bzw. die Richtlinie 1999/35EG verlangen keine Trennung von Ursachenermittlung und der Feststellung eines Fehlverhaltens

Durch die geplante Zentralisierung in Hamburg geht der unmittelbare Bezug vor Ort zu den Schiffrevieren verloren. Eine schnelle Ermittlung vor Ort, wie sie bislang durch die zuständige Wasserschutzpolizeien und die Seeämter gewährleistet werden, wird dadurch erheblich erschwert oder geht gänzlich verloren

Mit dem vorlegten Regierungsentwurf erfolgen zukünftig drei unterschiedliche eigenständige Verfahren. In der Praxis wird es somit zwangsläufig zu Behinderungen und ggf. zu Verzögerungen kommen

Durch die Einbindung der ehrenamtlichen Beisitzer, die alle mit gleichem Stimmrecht ausgestattet sind, wurde bislang gewährleistet, dass sich nautischer und technischer Sachverstand nicht ausschließlich aus Behördenvertretern rekrutiert

Die Öffentlichkeit wird von dem Verfahren in Zukunft völlig ausgeschlossen sein

Das Widerspruchsverfahren soll nach dem neuen Gesetzentwurf abgeschafft werden. Dadurch wird den Betroffenen jede Möglichkeit genommen, sich gegen zweifelhafte Unfallanalysen zur Wehr zu setzen.

Wilhelm Malerius
und Fraktion

Heinz Maurus
und Fraktion

Karl-Martin Hentschel
und Fraktion

Lars Harms SSW